

Halleische Zeitung

Inserionsgebühren für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum in Nr. 15 für fünf Tage und Regierungsblatt

Wochenpreis pro Quartal 3 Mart.

Verlag der „Allgemeinlich halleschen Zeitung“.

im vorm. G. Schwesfke'schen Verlage. (Hallscher Courier.) Verantwortlicher Redacteur: In Verw. A. Goringh in Halle.

N 107.

Halle, Freitag den 11. Mai

1883.

Nichtpolitische Briefe über französische Zustände.

In der Mehrzahl der Berichte, welche Deutsche Zeitungen aus Frankreich zugehen, spielt die Beschäftigung mit politischen Tagesfragen eine so große Rolle, daß die wichtigsten Vorgänge auf anderen Gebieten, z. B. dem socialen und gewerblichen, dabei sehr häufig zu kurz kommen. Das erscheint uns so bedauerlich, als die politischen Neuigkeiten in der Regel so reich kommen und gehen, daß sie für Anwärter eigentlich nur zur Befriedigung eines angewöhnten Unterhaltungsbefürfnisses dienen. Anders sieht es um gewiß nichtpolitische Gebiete. Von den bleibenden Zuständen eines großen und hoch entwickelten Landes zu hören und über diejenigen Verhältnisse unterrichtet zu werden, unter denen die zahllosen nicht von und in der Politik lebenden Franzosen, Engländer u. s. w. ihr Dasein verbringen, ist im Grunde genommen, sehr viel nützlicher, häufig auch interessanter. Gerade gegenwärtig ist darüber mancherlei zu sagen. Von der Verhandlung der 5-prozentigen französischen Rente in eine 4 1/2-prozentige, von der Anterpellation Budgete, der Expedition nach Tonkin u. s. w. haben unsere Leser in letzter Zeit so viel zu hören und zu lesen bekommen, daß ihnen vielleicht willkommener sein wird, einen Augenblick bei Dingen zu verweilen, die für die meisten Pariser sehr viel wichtiger sind, als die entlohen und doch unfruchtbareren Parteifreitigkeiten, welche in der Deputirtenkammer und im Senat ausgetrieben werden und von denen die Zeitungen ungewisser Weise immer noch thun, als hinge das Heil der Welt von ihnen ab.

Zu Ende des März- und zu Anfang des Aprilmonats war in der Presse außerordentlich viel von dem Arbeitsmangel der Pariser Gewerbetreibenden, namentlich der Tischler und Tapezierer, die Rede, dem durch Staatsarbeiten und große Baunternahmen, welche der mit der Regierung in Verbindung getretenen Gesellschaft Credit-Mobilier abgeholfen werden sollte; diese letzteren Unternehmen sollten außerdem den Zweck verfolgen, zur Herstellung billigerer Wohnungen (sicher zu 250 bis 300 Francs gleich 187 bis 225 Mart) beizutragen. Bei derartigen Gelegenheiten wußte darauf aufmerksam gemacht, daß der Rückgang der Pariser Arbeitslosigkeit und Tapeziererei hauptsächlich von der Höhe der Arbeitslöhne herrühre, welche die Arbeiter fortwährend feilschten, ohne daran zu denken, daß sie dadurch die Concurrenzfähigkeit ihrer Arbeitgeber und mittelbar ihr eigenes Interesse schädigten.

An diesen Verhältnissen hat ein französischer Nationalökonom zu bemerkenswerthen Berücksichtigungen über Wohn- und Mietverhältnisse in der französischen Hauptstadt Veranlassung genommen. Seiner Berechnung nach werden die zu erwerbenden neuen wohnlichen Arbeiterwohnungen für den eigentlich benötigten Theil der Pariser Handarbeiter immer noch zu teuer sein. Mehr als zwei Drittel aller Miether in Paris gibt für die Wohnung 300 Francs und weniger, — etwa die Hälfte 200 Francs und weniger aus. Da der Mietpreis für ein unmobiliertes Zimmer durchschnittlich 100 Francs (1 Franc ist unbestimmt gleich 80 Pf.) beträgt, sehr viele Arbeiter aber kein Mobiliar besitzen, so erweist die Beschaffenheit und die Größe der Wohnungen ihrer Leute sich von selbst. Nie ist in Paris mehr gebaut worden, als während der letzten zehn Jahre. — Die Arbeiterwohnungen sind aber eher schlechter als besser geworden, weil die Bevölkerung fortwährend zunimmt, weil fast ausschließlich Auszubildende aufgeführt sind und weil die ärmeren Klassen immer mehr aus der eigentlichen Stadt in die Vororte verdrängt werden, welche den Charakter von Arbeiterstädten annehmen und ansehnlicher Wagen in höchst bedinglicher Weise auf die Verschärfung der Klagengegenstände einwirken. Trotz der zahlreichen Eisen- und Pferdebahnen, welche Stadt und Vororte mit einander verbinden, können die Arbeiter in den letzteren aber noch nicht gehen. Wer mit einer Wohnung zu 150 bis 180 Francs, vorlieb nehmen muß, für den find auch die billigen Kommunikationsmittel immer noch zu teuer, wenn sie täglich benutzt werden sollen; dem Fußgänger aber bedeuten weite Wege Zeitverlust und Ueberlastung seines Burses für Stiefel und Kleider. — Der zweite Grund, aus welchem errentende Arbeiter lieber in der inneren Stadt, als im Vorort wohnen, besteht in ihrer Abneigung dagegen, im Vorort zu wohnen; nicht als ob die Arbeiter-Wirthehäuser von Paris schlecht wären; sie sind im Allgemeinen gut, b. h. man kann in ihnen für verhältnißmäßig niedrige, hinterreichere Familienverhältnisse aber immer noch verhältniß hoch Preise, vortheilhaft und die meisten Franzosen für Frankreich, für Vorderstädte ausgelegt, mehr als ihnen zuträglich, für Vorderstädte ausgeben. Der wirtschaftlich vorteilhafte Einfluß der bei den Arbeitern immer häufiger vorkommenden und durch die Wohnungsverhältnisse bedingten getrennten Wohnstätten wird von unseren Genossinnen mit vieler Sachkenntnis nachgewiesen.

Bei der Veränderung der Pariser Arbeiter aus den inneren, besseren Stadttheilen wirkt aber noch ein anderer Umstand mit. Die Arbeiter sind die einzigen Leute in Paris, die fast immer jährliche Familien haben. Sorgfältig aufgestellten Berechnungen nach ist in den eleganten Stadttheilen die Zahl der Kinder zweimal dreimal geringer, als in den ärmeren. Das bringt eine steigende Vertheilung der Ansprüche der Gemyndtheit, die in den besseren Stadttheilen den Kindern feindlich sind und darauf hinwirken, daß hinterreichere Familien überhaupt ungenügend aufwachsen können. Das die Bevölkerung von Frankreich nur sehr langsam zunimmt, daß sie in einigen Gegenden zurückgeht, und daß Paris in dieser Hinsicht besonders übel dran ist, und daß es (von den selbstvertheilenden Ausnahmen abgesehen) wesentlich, ja fast ausschließlich die ärmeren Klassen sind, welche für den gehörigen Nachwuchs sorgen, ist eine bekannte, von Politikern und Statistiken viel besprochene und sehr verschiedentlich behandelte Thatsache.

Politischer Tagesbericht.

Unser Berliner X-Correspondent schreibt uns heute: Mit dem gegenwärtigen Reichstage ist im Großen und Ganzen

nichts anzufangen; die Abstimmungen der letzten Tage haben dies bewiesen. Konnte man auf Grund seiner Haltung bei dem Krankenstimmengesetz die besten Hoffnungen setzen, so sind dieselben gegenwärtig fast vollständig wieder verschwunden. Vor Allem liegt bedauerlich, daß die Etablierung mit der Annahme des Antrags Richter geneigt hat, also einen Antrag, der die Tendenz hatte, die Vererbung des Staats im Widerspruch zu der Kaiserlichen Verfassung hinauszuschieben. Wenn auch freilich die Annahme des Antrags keineswegs ein Einverständnis mit dieser Tendenz bedeutet, so war doch der Beschluß gegenüber der Kaiserlichen Verfassung, welche eine Beschleunigung der Etablierung wünschte, von schlechtem moralischen Effect. Es hätte einen besseren Eindruck gemacht, wenn der Reichstag einen Beschluß gefaßt hätte, welcher in keiner Weise mißverstanden werden konnte. Daß die Fortschrittspartei aber nicht berechtigt ist, zu glauben, sie wäre mit ihrer Tendenz der Verschleppung durchgedrungen, beweist schon der gegenwärtige Beschluß der Budgetcommission, welche den auf die Rückstellung mehrerer Artikel bis zur Winteression gerichteten fortschrittlichen Antrag mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt hat. Die Commission wird am 22. ihre Arbeiten von Neuem beginnen, und wenige Tage darauf wird dann der Reichstag bereits im Stande sein, die zweite Verathung im Plenum wenigstens von einer Reihe von Artikeln zu beginnen.

Sehr viel bedauerlicher aber ist die gestrige Ablehnung der Erhöhung der Holzölle mit 177 gegen 150 Stimmen. Im Reichstage dominiert die freibühlerische Richtung, obwohl dieselbe nicht im Stande ist, in diesem Sinne vorzugehen zu wirken. Aber wenn die schützlosen Parteien läßt und kein Interesse an der Festhaltung verletzigen Grundlagen der Verfassungspolitik beweisen, denen Deutschland den Aufschwung der letzten Jahre verdankt, kann wird sicher zur Macht gelangen; das größere Erzeugen und wieder zur Macht gelangen; dann können wieder die Producte des Auslandes den deutschen Markt überschwemmen und dann werden die Arbeiter an dem Rückgang der Löhne und der Beschäftigung empfinden, was sie bislang zu vermeiden haben, welche in dem angeblichen Interesse für die Lebensmittel die Hölle besichtigt haben. Was nämlich den armen Continenten billige Waren, wenn sie kein Geld verdienen, um sie zu kaufen! Es ist schämlich, wenn diese Verhältnisse heute keine Geltung mehr hat. Aber der jetzt eingetretene Rückschlag wird hoffentlich nur von kurzer Dauer sein.

Nicht minder ungenügend ist der Stand des Unfallversicherungsgeleges. Die Commission hat das Hauptprincip desselben, den Reichstag abgelehnt und will die Vererbung abbrechen. Der liegt der Antrag vor, auf die vollständige Durchdringung des Gesetzes zu verzichten und dafür dem Reichstag eine Resolution zu unterbreiten, in welcher die Regierung aufgefordert wird, den Entwurf nach Maßgabe bestimmter Principien umzusetzen, wozu die Befestigung des Reichsversicherungs und die Einführung von gemeinschaftlichen Corporationen, bei denen die Versicherungsversicherung zu erfolgen hat, die Hauptaufgabe ist. Diese Resolution entspricht ungefähr der Tendenz des bekannten, die Finanzschiebung der Etablierung auf den Winter bezweckenden Antrags Richter, wenn auch in die Richtung gebrachten Principien nicht nach dem Sinne der Fortschrittler und Socialisten sein würde. — Die Annahme der Resolution erscheint ziemlich gewiss, zumal die kirchlichen Concessionen, welche Preußen in Rom gemacht hat, das Centrum nicht befriedigen, — — überhaupit wird die Stellung des letzteren, so anerkannteswerth sie bei den letzten Abstimmungen war, jetzt vermuthlich eine solche werden, daß die Fortschrittler wieder mehr Oberwasser erhalten. Ging doch auch die oben erwähnte Resolution in der Unfallcommission von einem Centrummitglied aus, das damit wohl die neuen Nachrichten aus Rom beantworten wollte! Kurz, die Dinge liegen schlecht, — der Reichstag zeigt sich seinen Aufgaben leider nicht gewachsen.

Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abwehr und Unterdrückung der Reklamationen freigegeben. Aus den beifolgenden Motiven ist hervorzuheben, daß die Wirkung des Gesetzes vom 6. Mai 1875, auf die Weinbaugelände beschränkt, weder den von Reichstag übernommenen internationalen Verpflichtungen noch den Bedürfnissen des Reichs genügt hätte, da vielfach auch außerhalb der Weinbaugelände Reklamationen, Handelsgüter und ähnliche Institute sich befinden, welche, wenn sie infiziert sind, durch den von ihnen ausgehenden Pflanzenverehr eine Verbreitung des Insektes in weit größerer Ausdehnung bewirken, als es durch die natürliche Entwidlung des letzteren geschieht. Ferner werden die mangelnde Verpflichtung der Bundesstaaten zu geeigneten Maßnahmen, die fehlende Vollmacht zur Ausrottung infizirter Reklamationen auch gegen den Willen der Besitzer u. a. Mängel des Gesetzes hervorgerufen. Auch sei eine Anleihepflicht der Besitzer infizirter Grundstücke so wenig, wie eine Entschädigungspflicht des Staates den von den Folgen der Verfüzung betroffenen Besitzern gegenüber festgesetzt. Diese Mängel des früheren Gesetzes zu beseitigen, ist der Zweck des neuen Gesetzesentwurfes.

In einem von der Deutschen Reue mitgetheilten Briefe des verstorbenen Redobertus heißt es über den preussischen Verfassungsausschuß in den letzten Jahren: „Die Thätigkeit des Ausschusses ist nicht zu verkennen, so wäre ihre Fortnichtigkeit ein politischer Plan gewesen, der schließlich von Erfolg gekrönt worden wäre. Sie hätte dann ihre Ueberzeugung von dem Wohl des Landes durchgesetzt. Evident ist jedoch, daß die Führer der Aemtern, die nicht weniger außerhalb als innerhalb der Kammer zu suchen sind, die Situation auf, so weit das, was sie haben mit ihnen darüber verhandelt. Aber in dieser Hinsicht lag eben ihre Borntheit. Sie waren vollständig unfähig, die reale Lage zu beurtheilen, die Stärke des Willens der Reue und die Macht und Energie des Gottes, um so weitere konnte das, was nichts als ein Plan war, die Kammer verging sich, ohne zu realisiren, gegen das formale Recht, die Kammer legte ihre Ueberzeugung von dem Wohl des Landes nicht durch und verlor noch dazu so viel wie alles, nämlich den Glauben an ihre Macht, als geschickte noch davon, daß sie alle die Achten günstigen Positionen besaß, welche die Regiererschaft ihrer Partei eingeräumt hatte. Da jedoch die Klugheit und den Muthesweg der Fortschrittspartei.

Daß in ihrer Presse die Rechtsfrage noch etwas umgewandelt und dem Volke eingedrungen wird, seine Kammer lei die im Reich verlegt, wird nicht mehr helfen; die Partei ist gründlich verpöcht und nicht mehr zu redressiren, vielmehr haben wir unsere konstitutionelle Schule wieder von vorn anzufangen, wenn nicht etwa der in allen Staaten überhand nehmende Galicismus uns dieser neuen Schulfrage gänzlich überhebt. Ueberhaupt, wenn lieber Freund, mußt du nicht glauben, daß nicht auch die Fortschrittspartei bei der Constitution gelte habe. Sieben Berliner, meistens nicht in Rommermittel, werden ihnen jener eine Frau, welche die Politik einer Partei gemacht. Jener war selbst Schulgelehrter nach einer orientalischen Suppe. Sie verfallen über Volksetzung und Nationalgeizung und hatten journalistisches Geschick genug, das rühmliche und intelligente preussische Volk von eigenen politischen Denken — zu entwürdigen.“

In denjenigen Provinzen und Regierungsbezirken, in welchen ein Theil der Bevölkerung polnischer Nationalität ist, sind vor einiger Zeit Anstellungen veranlaßt worden auf die Vertheilung und Bewegung des größeren Grundbesitzes unter polnischen deutscher und polnischer Nationalität, im Vergleich der Gegenwart zu einer 20jährigen Vergangenheit. Es kommen dabei vorzugsweise die Provinz Posen und die Regierungsbezirke Marienwerder und Danzig in Betracht. Die Zahl der selbstständigen Gutsbesitzer mit Grundstück der fasslichen Kirchen- u. c. Güter beträgt in diesen Provinzen insgesamt 3140, der Gesamtbesitz 12,438,847 Hektare. Davon befinden sich im Privat-Besitz 2,002,874 Hektare. Derselbe vertheilt sich mit 1,243,847 Hektare auf 1859 deutsche und mit 759,063 Hektare auf 807 polnische Besitzer. Hiernach ist der polnische Privatbesitz größer als der deutsche um 484,784 Hektare oder 20 pSt. In den letzten 25 Jahren sind übergegangen aus polnischen in deutsche Hände 278,707 Hektare oder 11 pSt., aus deutschen in polnische Hände 38,105 Hektare oder 2 pSt. Es hat sich also der polnische Gesamtbesitz in den letzten 25 Jahren verringert um 234,861 Hektare oder 9 pSt.

Was die einzelnen Landestheile betrifft, so sind in der Provinz Posen 723,899 Hektare oder 45 pSt. in den Händen von 1010 deutschen Besitzern, 666,479 Hektare oder 42 pSt. in den Händen von 649 polnischen Besitzern, so daß also der deutsche Privatbesitz 67,420 Hektare oder 3 pSt. größer als der polnische ist. In den letzten 25 Jahren sind hier 225,922 Hektare oder 14 pSt. aus polnischen in deutsche und 30,388 Hektare oder 2 pSt. aus deutschen in polnische Hände übergegangen, so daß also eine Verringerung des polnischen Besitzes um 195,537 Hektare oder 12 pSt. stattgefunden hat.

Im Regierungsbezirk Marienwerder besitzen 523 deutsche Besitzer 336,537 Hektare oder 61 pSt. und 116 polnische Besitzer 84,115 Hektare oder 15 pSt. Der deutsche Besitz ist hier also um 252,421 Hektare oder 46 pSt. größer. 36,894 Hektare oder 7 pSt. gingen in den letzten 25 Jahren von Polen auf Deutsche, 4,902 Hektare oder 1 pSt. von Deutschen auf Polen über, so daß eine Verringerung des polnischen Grundbesitzes um 31,992 Hektare oder 6 pSt. stattfand.

Im Regierungsbezirk Danzig endlich sind 183,412 Hektare oder 42 pSt. in den Händen von 326 Deutschen und 18,468 Hektare oder 6 pSt. in den Händen von 42 polnischen Besitzern. Der Ueberschuß des deutschen Besitzes beträgt also hier 164,943 Hektare oder 52 pSt. Es gingen in den letzten 25 Jahren 10,150 Hektare oder 3 pSt. von Polen auf Deutsche, 2,818 Hektare von Deutschen auf Polen über, so daß der polnische Grundbesitz sich um 7,332 Hektare oder 2 pSt. verringerte.

In Bulgarien macht sich die Tendenz bemerkbar, die Capitalitäten zu besitzigen. Da dieselben durch den Berliner Vertrag für das Rückentrom aufrecht erhalten sind, sucht man das Ziel auf Umwegen zu erreichen. Die A. M. A. berichtet darüber:

Wenn J. ein Ausländer ein industrielles Unternehmen in Bulgarien beginnt, wird ihm von Ertheilung des stonischen eine schriftliche Erklärung abgefordert, durch die er sich der formalierten Absicht zu erweisen hat, die Rechte der Bulgaren in Bezug auf seinen Geschäftsbetrieb zu bewahren und sich überhaupt in jeder, besonders auch in finanzieller Beziehung den bulgarischen Gesetzen unterwerfen. Zur Genügsamkeit möge folgendes zur Erinnerung sein. Ein deutscher Staatsangehöriger, welcher in Warna eine Bierbrauerei betreiben wollte, mußte folgende Erklärung unterzeichnen: „Ich Unterzeichneter, preussischer Unterthan, Einwohner von Barna, hiermit die Bitte an den Herrn Statthalter in Barna, mir zu erlauben, hierorts eine Bierbrauerei zu bauen und die derselbe erzeugte Waare zu verkaufen. Ich erlaube hiermit, daß ich in Bezug auf Streitfragen hinsichtlich des Betriebes mich den landesüblichen gesetzlichen Bestimmungen unterwerfe und daher auf den Genügsamkeit möge folgendes zur Erinnerung sein. Ein deutscher Staatsangehöriger, welcher in Warna eine Bierbrauerei betreiben wollte, mußte folgende Erklärung unterzeichnen: „Ich Unterzeichneter, preussischer Unterthan, Einwohner von Barna, hiermit die Bitte an den Herrn Statthalter in Barna, mir zu erlauben, hierorts eine Bierbrauerei zu bauen und die derselbe erzeugte Waare zu verkaufen. Ich erlaube hiermit, daß ich in Bezug auf Streitfragen hinsichtlich des Betriebes mich den landesüblichen gesetzlichen Bestimmungen unterwerfe und daher auf den Genügsamkeit möge folgendes zur Erinnerung sein. Ein deutscher Staatsangehöriger, welcher in Warna eine Bierbrauerei betreiben wollte, mußte folgende Erklärung unterzeichnen: „Ich Unterzeichneter, preussischer Unterthan, Einwohner von Barna, hiermit die Bitte an den Herrn Statthalter in Barna, mir zu erlauben, hierorts eine Bierbrauerei zu bauen und die derselbe erzeugte Waare zu verkaufen. Ich erlaube hiermit, daß ich in Bezug auf Streitfragen hinsichtlich des Betriebes mich den landesüblichen gesetzlichen Bestimmungen unterwerfe und daher auf den Genügsamkeit möge folgendes zur Erinnerung sein.“

Bermischte Nachrichten.

Berlin, den 9. Mai.

Der Kaiser hat bestimmt, daß das 4. brandenburgische Infanterie-Regiment Nr. 24 (Großpörscher von Medlenburg-Schwern) fortan: 4. brandenburgisches Infanterie-Regiment Nr. 24 (Großpörscher Friedrich Franz II. von Medlenburg-Schwern) benannt werden soll.

Die Jagdbesuche, welche Prinz Friedrich Karl von seiner Reize im Orient mitgebracht, war nach der Rückkehr des kaiserlichen Majestäts sofort dem hiesigen Hofintendanten Herrn Friedrich zur Verbearbeitung übergeben worden. Die Konfektion ist nunmehr beendet, und die Sammlung von Hüten und Wägen repräsentirt sich sehr stattlich. Beob. Prinz Friedrich Karl von hier abreiste, hatte sein Leibjäger Hoffmann aus dem Herrn Friedrich das Infanterie- und Aufwachen der Felle gründlich gelernt, und wichtige Gelegenheiten war ihm auf der Orientreise geboten, die erworbenen Kenntnisse zu verwerthen. In der schönen Sammlung zeigen vor Allem die Felle der von dem Prinzen erlegten Bergwölfe die Aufmerksamkeit auf sich. Dieselben, fast graugelb oder schwarzbraun, an der Unterseite gefärbt weißlich-zart und tief-schwarz, zeichnen sich sowohl durch ihre kleine Größe — das größte Exemplar hat eine Länge von 1.40 Meter — wie auch durch den vortheilhaft konvertirten spitzwinkligen Kopf mit dem breiten aufrechtstehenden Ohren und durch die prächtigen Krallen.







